

# **BR/GT I/32 d/69**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES ÜBEREINKOMMENS  
UEBER EIN EUROPÄISCHES  
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Neues Einspruchsverfahren

(von der Redaktionsgruppe überarbeitete Fassung)

Artikel 20ter

Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach  
Bekanntmachung der Patentansprüche

- gestrichen -

Artikel 94 a

Teilung der europäischen Patentanmeldung

(1) Nach Stellung des Antrags auf Prüfung wird eine europäische Patentanmeldung, die mehrere Erfindungen enthält, in mehrere Patentanmeldungen geteilt, von denen jede mindestens eine Erfindung enthalten muss,

- a) wenn der Anmelder dies beantragt und die Prüfungsabteilung die Teilung der Patentanmeldung für sachdienlich hält;
- b) auf Aufforderung der Prüfungsabteilung, wenn die europäische Patentanmeldung nicht den Vorschriften des Artikels 69 entspricht.

(2) Artikel 80 Absätze 3 bis 5 findet Anwendung.

(Rest gestrichen)

Artikel 95

Prüfungsbescheid

(1) Ergibt die Prüfung, dass die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Uebereinkommens nicht genügen, so teilt die Prüfungsabteilung dies dem Anmelder mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist eine Stellungnahme einzureichen oder die gerügten Mängel zu beseitigen sowie gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen in geänderter Form Vorzulegen.

(2) Der Prüfungsbescheid ist zu begründen; er soll alle Gründe zusammenfassen, die der Erteilung des europäischen Patents entgegenstehen.

Artikel 95 a

Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung

(1) Die Prüfungsabteilung weist die europäische Patentanmeldung zurück, wenn sie der Auffassung ist, dass die in Artikel 88 Absatz 1 vorgesehenen Erfordernisse nicht erfüllt sind.

(2) Die Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung darf nicht aus Gründen erfolgen, die dem Anmelder nicht vorher mitgeteilt worden sind.

(3) Die Entscheidung wird den Beteiligten mitgeteilt.

(4) Die Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung wird nach Eintritt ihrer Rechtskraft in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Bemerkung:

Bisheriger Artikel 100; siehe auch neuer Artikel 101 Absatz 1.

## Artikel 96

### Erteilung des europäischen Patents

(1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, dass die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Uebereinkommens genügen, so teilt sie dem Anmelder und gegebenenfalls dem Dritten, der den Prüfungsantrag gestellt hat, mit, in welcher Fassung sie das europäische Patent zu erteilen beabsichtigt. Der Anmelder wird dabei aufgefordert, innerhalb einer Frist von einem Monat die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten gemäss der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen zu entrichten.

(1a) Werden die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

(2) Sind die Gebühren für die Erteilung und die Druckkosten sowie die nach den Artikeln 119 und 120 bereits fälligen Gebühren bezahlt, so erteilt die Prüfungsabteilung das europäische Patent für die gemäss Artikel 68 a benannten Vertragsstaaten. Die Entscheidung wird den Beteiligten mitgeteilt.

(3) Die Erteilung des europäischen Patents wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

#### Bemerkung:

Absatz 1 Satz 1 ist dem alten Artikel 96 Absatz 1 entnommen; die übrigen Vorschriften entstammen dem bisherigen Artikel 101.

Artikel 96 a

Veröffentlichung des europäischen Patents

(1) Das Europäische Patentamt gibt gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Erteilung des europäischen Patents eine Patentschrift für das europäische Patent heraus, die die Beschreibung, die Patentansprüche und gegebenenfalls die Zeichnungen enthält.

(2) In der Patentschrift werden die Vertragsstaaten bezeichnet, für die das europäische Patent erteilt ist.

(3) In der Patentschrift wird der Zeitpunkt angegeben, bis zu dem ein Einspruch gemäss Artikel 96 c eingelegt werden kann.

Bemerkung:

Die Absätze 1 und 2 sind dem alten Artikel 103 entnommen; Absatz 3 ist neu.



Artikel 96 aa

Urkunde über das europäische Patent

(1) Sobald die Patentschrift herausgegeben worden ist, stellt das Europäische Patentamt dem Patentinhaber die Urkunde über das europäische Patent aus, der als Anlage die Patentschrift beige-fügt ist.

(2) In der Patenturkunde wird bescheinigt, dass das europäische Patent für die in der Patentschrift beschriebene Erfindung der in der Urkunde benannten Person für die in der Patentschrift bezeichneten Vertragsstaaten erteilt worden ist.

Artikel 96 b

Uebersetzung der Patentschrift

(1) Ist die Patentschrift des europäischen Patents nicht in einer der Amtssprachen eines Vertragsstaats abgefasst, für den das europäische Patent erteilt worden ist, so kann dieser Vertragsstaat vorschreiben, dass der Inhaber des europäischen Patents innerhalb einer Frist von mindestens drei Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung der Patenterteilung im Europäischen Patentblatt bei der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz

- a) eine Uebersetzung der Patentschrift in eine seiner Amtssprachen einzureichen oder
- b) eine Gebühr für die Herstellung einer amtlichen Uebersetzung der Patentschrift in eine seiner Amtssprachen zu entrichten hat.

(2) Jeder Vertragsstaat, der eine Vorschrift gemäss Absatz 1 erlassen hat, kann ausserdem vorschreiben, dass der Patentinhaber innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist die Kosten für eine Veröffentlichung der Uebersetzung ganz oder teilweise zu entrichten hat.

(3) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, dass im Falle der Nichtbeachtung einer aufgrund der Absätze 1 oder 2 erlassenen Vorschrift die Wirkungen des europäischen Patents in dem Vertragsstaat als von Anfang an nicht eingetreten gelten.

Bemerkung:

Dieser Artikel entspricht wörtlich dem bisherigen, vom Redaktionsausschuss bereits gebilligten Artikel 123 c (siehe Dokument BR/GT I/29/69).

Artikel 96 c

Einspruch

(1) Innerhalb einer Frist von 12 Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung gemäss Artikel 96 Absatz 3 kann jedermann beim Europäischen Patentamt gegen das erteilte europäische Patent Einspruch einlegen. Der Einspruch ist schriftlich einzureichen und mit Gründen zu versehen. Der Einspruch gilt erst als eingelegt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgesehene Gebühr entrichtet worden ist. Eine Gebühr für den Einspruch ist nicht zu entrichten, wenn der Einspruch von dem Dritten eingelegt wird, der den Prüfungsantrag gestellt hat.

(2) Diejenigen Dritten, die Einspruch gemäss Absatz 1 eingelegt haben, sind neben dem Patentinhaber am Einspruchsverfahren beteiligt.

(3) Die Prüfungsabteilung teilt dem Patentinhaber die eingelegten Einsprüche mit und fordert ihn auf, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist dazu Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme des Patentinhabers wird den übrigen Beteiligten mitgeteilt.

Bemerkung:

Dieser Artikel entspricht dem früheren Artikel 96 a.

Artikel 97

Prüfungsbescheid im Einspruchsverfahren

Ist die Prüfungsabteilung nach Prüfung der Einsprüche der Auffassung, dass das europäische Patent nicht hätte erteilt werden dürfen, so findet Artikel 95 entsprechende Anwendung. Der Prüfungsbescheid und die Stellungnahme des Patentinhabers werden den übrigen Beteiligten mitgeteilt.

Artikel 97 a

Stellungnahmen der Beteiligten

Die Prüfungsabteilung fordert die übrigen Beteiligten auf, sich innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu den Stellungnahmen des Patentinhabers zu äussern, sofern diese wesentliches neues Vorbringen enthalten oder die Prüfungsabteilung dies aus anderen Gründen für sachdienlich hält.

Artikel 97 b

Beschränkung der Aenderung der Ansprüche

Im Einspruchsverfahren dürfen die Patentansprüche des europäischen Patents nicht in der Weise geändert werden, dass der Schutzbereich erweitert wird.

Artikel 98

Teilung des europäischen Patents im Einspruchsverfahren

- gestrichen -

Artikel 99

Ende des Verfahrens im Fall des Erlöschens des europäischen Patents

- gestrichen -



Artikel 100

Zurückweisung der europäischen Patentanmeldung

gestrichen - siehe neue Artikel 95 a (für die Patentanmeldung)  
und 101 Absatz 1 (für das erteilte Patent)

## Artikel 101

### Entscheidung über den Einspruch

(1) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, dass die in Artikel 88 Absatz 1 vorgesehenen Erfordernisse nicht erfüllt sind, so widerruft sie das europäische Patent.

(2) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, dass die in Artikel 88 Absatz 1 vorgesehenen Erfordernisse erfüllt sind, ohne dass es einer Aenderung der Patentschrift bedarf, so weist sie den Einspruch zurück.

(3) Ist die Prüfungsabteilung der Auffassung, dass die in Artikel 88 Absatz 1 vorgesehenen Erfordernisse unter Berücksichtigung der vom Patentinhaber im Einspruchverfahren vorgenommenen Aenderungen erfüllt sind, so teilt sie den Beteiligten mit, dass sie das europäische Patent in dem geänderten Umfang aufrechtzuerhalten beabsichtigt, und fordert den Patentinhaber auf, innerhalb einer Frist von einem Monat die Gebühren für die Druckkosten für eine neue Patentschrift gemäss der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen zu entrichten.

Wird die Gebühr nicht rechtzeitig entrichtet, so erlischt das europäische Patent.

Sind die Gebühren für die Druckkosten der neuen Patentschrift entrichtet, so beschliesst die Prüfungsabteilung, das europäische Patent in dem geänderten Umfang aufrechtzuerhalten.

(4) Die Entscheidung über den Einspruch wird den Beteiligten mitgeteilt, in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.

Artikel 102

Anhörung vor der Prüfungsabteilung

Die Prüfungsabteilung hört die Beteiligten von Amts wegen oder auf Antrag, wenn sie dies für sachdienlich erachtet.

Bemerkung:

Eine entsprechende Bestimmung sollte noch an geeigneter Stelle bei den Bestimmungen über das Erteilungsverfahren aufgenommen werden.